

Evaluation des Volksbegehrens

<u>Einleitung: Knapp daneben... Haben wir verloren?.....</u>	<u>1</u>
<u>Die Kampagne.....</u>	<u>1</u>
<u>... die Strategie von FELS.....</u>	<u>2</u>
<u>... und die Umsetzung.....</u>	<u>2</u>
<u>Die Verbindung von ökologischen und sozialen Kämpfen.....</u>	<u>2</u>
<u>Realpolitische Erfolge.....</u>	<u>2</u>
<u>Bonsai-Stadtwerk oder Transformation der Staatsapparate?.....</u>	<u>2</u>
<u>Die Frage nach der "Bewegung".....</u>	<u>2</u>
<u>Gefühltes Scheitern als wirkliches Scheitern?.....</u>	<u>3</u>
<u>Das Mittel Volksentscheid</u>	<u>3</u>
<u>... und die Logik der Institutionen.....</u>	<u>3</u>
<u>... und die damit verbundenen Politikformen.....</u>	<u>4</u>
<u>Fazit: Vergesellschaftung.....</u>	<u>4</u>

Einleitung: Knapp daneben... Haben wir verloren?

Berlin Mitte, 3. November 2013, ca. 19:25: Bei der Wahlparty des Berliner Energietischs in der Berliner Kulturbrauerei beobachtet eine (an-)gespannte Menge die Gesichtszüge Michael Eflers, eines der Sprecher des Energietischs, der (endlich) die Berliner Wahlleiterin am Telefon hat. Diese Gesichtszüge verraten nichts Gutes. Und obwohl seine ersten Worte nach dem Telefonat uns zur hohen Zustimmung zum Volksentscheid über die Rekommunalisierung der Berliner Stromversorgung an diesem Tag beglückwünschen, stellt sich eine Ahnung der Enttäuschung doch schon ein, bevor der Balken auf der Leinwand das Ergebnis schwarz auf weiß präsentiert: Über 80% Zustimmung, aber 20.000 Stimmen zu wenig – wir haben das Quorum nicht erreicht. Frust mischt sich schnell mit Wut, denn eins ist klar: Hätte der Senat den Abstimmungstermin nicht von der Bundestagswahl auf diesen ungemütlichen Novembertag verlegt, dann hätten wir dieses Problem mit der Mindestwahlbeteiligung von 25% nicht bekommen.

Berlin Kreuzberg, drei Wochen später: Die FELS-Klima-AG, die sich von Anfang an der Kampagne des Energietischs beteiligt hat, sitzt zusammen und begutachtet erstaunt das Plakat, auf dem wir – natürlich evaluierend – erneut die politischen Ziele versammelt vor uns sehen, die wir mit dem Volksbegehren verbunden haben: Fast alle haben wir erreicht!? Eigentlich gäbe es genug Grund, uns auf die Schultern zu klopfen. So ganz glauben können wir das aber trotzdem nicht. Die verlorene Abstimmung sitzt noch in den Knochen. Aber das Plakat vor uns scheint zu fragen: Warum denn überhaupt verloren?

Wie kommt diese ambivalente Situation zustande? Bevor wir im Folgenden versuchen, diese Frage zu umkreisen ohne eine definitive Antwort geben zu müssen, fassen wir die Kampagne knapp zusammen und erklären nochmal kurz, mit welcher Strategie wir uns als FELS am Bündnis beteiligt haben:

Die Kampagne,...

Die Volksabstimmung am dritten November war der Abschluss eines über zwei Jahre währenden Prozesses mit dem formalen Rahmen eines Volksbegehrens. Ziel war es, die Stromversorgung in Berlin, die seit der Privatisierung von Vattenfall kontrolliert wird, wieder in öffentliche Hand zu bringen und sozial, ökologisch und demokratisch auszugestalten. Er

begann im Herbst 2011 mit der Formierung eines breiten Bündnisses (Powershift, BürgerBegehren Klimaschutz, Attac, Noya, Gegenstrom Berlin, BUND, Grüne Liga, NaturFreunde, Rettet den Regenwald, Ortsverbände der LINKEN u.v.m.) und der Formulierung zweier Gesetzesentwürfe über die Gründung eines Stadtwerks und einer Netzgesellschaft: Diese beiden Gesetzestexte standen im November für alle (wahlberechtigten) Berliner*innen zur Abstimmung. Dem voraus gingen zwei Etappen des Unterschriftensammelns: Die erste im Sommer 2012 (30.660 gültige Unterschriften in drei Monaten) und die zweite im Frühjahr 2013 (227.748 gültige Unterschriften in drei Monaten). Diese Phasen waren sowohl für das Bündnis als auch für uns ganz schöne Kraftakte. Vielleicht war die kurze Verschnaufpause, die eigentlich alle im Juni 2013 brauchten, auch ein Grund für die Tatsache, dass der Senat den Abstimmungstermin verschieben konnte, ohne eine große Empörungswelle in der Stadt auszulösen: Die Kampagne war von vornherein zeitlich auf einen Abstimmungstermin am Tag der Bundestagswahl getaktet und die Argumente des Senats deshalb völlig fadenscheinig.

Die letzten Wochen vor dem Volksentscheid waren intensiv geprägt von einer Massenmobilisierung zum Abstimmungstermin. Denn: wer in Berlin einen Volksentscheid gewinnen will, muss 25% der Berliner Wahlberechtigten, also 620.000 Menschen, in die Abstimmungslokale mobilisieren und überzeugen, mit "ja" zu stimmen. Letztlich sind nur 600.000 diesem Aufruf nachgekommen. Und plötzlich bekam die Rede von den „messbaren Erfolgen“, die wir mit dem Volksbegehren erzielen wollten, und von denen wir glaubten, dass auch linksradikale Praxis sie mal nötig habe, einen bitteren Beigeschmack: Sind wir jetzt "messbar" gescheitert?

... die Strategie von Fels...

Nun suggeriert die oben beschriebene Situation während unserer AG Klausur ja, dass sich dies nicht so einfach sagen lässt. Grund dafür sind unsere Hintergrundüberlegungen zur Beteiligung am Volksbegehren, bei der wie eine Art Doppelstrategie verfolgten: Das Volksbegehren sollte weder der einzige Kampf, noch die Rekommunalisierung das letzte Ziel sein. Für uns stand die Arbeit im Energietisch ganz im Zeichen der Forderung nach "Vergesellschaftung" von Grundgütern, auf welche sich die Interventionistische Linke als gemeinsame Richtungsforderung ihrer Politik verständigt hat. Richtungsforderungen haben einen grundlegend doppeldeutigen Charakter: Es sind Forderungen, die sich im Rahmen konkreter und gewinnbarer Kämpfe artikulieren und teilverwirklichen lassen, deren vollständige Umsetzung aber auf die Überwindung aller Herrschaftsverhältnisse zielt. So können konkrete Verbesserungen im hier und jetzt erstritten werden, ohne aus den Augen zu verlieren, dass solche Verbesserungen das langfristige Ziel nicht schon von alleine näher bringen. Der tatsächlichen Vergesellschaftung der Energieversorgung kommen wir alleine durch die Gründung eines Berliner Stadtwerks (als Teil des herrschaftsförmigen Staates und aus einem kapitalistischen durch Wettbewerb strukturierten Markt) nur sehr bedingt näher. In die Richtung dieses langfristigen Ziels verweisen aber die Formierung politischer Akteure, die das Thema auch über die Stadtwerksgründung hinaus auf der politischen Agenda halten und öffentlich das gesellschaftliche Naturverhältnis, die bestehende Eigentumsordnung und soziale Ausschlüsse in Frage stellen. Wir hatten also gewissermaßen (mindestens) zwei Ziele: Das Volksbegehren zu gewinnen und eine "Bewegung" gegen Energiearmut bzw. für die Vergesellschaftung der Energieversorgung zu initiieren. Diese Bewegung hätte auch Stadtwerk und Netzgesellschaft noch herausfordern sollen. Ursprünglich waren die zwei Ziele auch auf unterschiedliche Akteure konzentriert. Das Volksbegehren sollte von einer aktionistisch- oder bewegungsorientierten Kampagne ("Vattenfall-in-die-Tonne") begleitet werden, die sich zwar solidarisch auf den Energietisch bezieht, einen gewonnenen Volksentscheid aber nicht als das Ende der Geschichte auffasst. Das "Movement-Building"

hat - wie so häufig - zwar nicht geklappt. Trotzdem sind wir davon überzeugt, dass wir zur Politisierung von Eigentumsverhältnissen und Verteilungsfragen im Energiesektor beigetragen haben. Die Frage nach dem Gewinnen oder Verlieren stellt sich ungleich komplexer, wenn das Ziel nicht nur Gründung eines Stadtwerks, sondern auch dessen Überwindung ist, nicht nur Rekommunalisierung der Netze, sondern auch ihre Vergesellschaftung ist. Deswegen sind die Fragen, die uns als FelS zur Zeit umtreiben auch zentral für jede interventionistische Politik, die sich der Scheindebatte um die Alternative von Reform oder Revolution entziehen und heute schon etwas verändern will, ohne sich mit Kompromissen zufrieden zu geben. Wie verhalten sich lang- und kurzfristige Ziele zueinander? Ist das Erreichen der kurzfristigen Voraussetzung dafür, sich den langfristigen zu nähern? Wie wichtig ist uns das Erreichen konkreter Verbesserungen in unserer alltäglichen politischen Praxis und was bedeutet es für den Erfolg unserer Politik, wenn wir diese Kämpfe nicht gewinnen? Sind wir gescheitert? Und wie relevant ist es für die Beantwortung dieser Frage, dass es sich manchmal so anfühlt?

... und die Umsetzung

Unser Anliegen als FelS war beim Verfassen des Gesetzesentwurfes besonders, dass Stadtwerk und Netzwerk direkt Mitbestimmungsmöglichkeiten für alle Berliner*innen bieten und die Betriebspolitik nicht im Hinterzimmer zwischen Senat und Privatinteressen ausgehandelt wird. Die Re-Kommunalisierung sollte nicht einfach eine Reproduktion der kommunalen Vetternwirtschaft der 80er werden, sondern im besten Falle Vorbild für eine neue Generation öffentlicher Betriebe. Die Partizipationsmöglichkeiten wurden im Bündnis heiß diskutiert und am Ende einigten wir uns auf einen Kompromiss: Direktwahl des Verwaltungsrats (vergleichbar mit einem Aufsichtsrat) und jährlich stattfindende Bezirksversammlungen – aber keine Kiezversammlungen – Einbringen von Vorschlägen und Debatten durch Kund*innen-Petitionen – aber keine Entscheidungsbefugnis für die Bezirksversammlungen.

Ein zweites Anliegen war uns, dass zentrale Aufgabe von Stadtwerk und Netzgesellschaft auch die Bekämpfung von Energiearmut als mangelndem Zugang zu bezahlbarer Energie sein sollte. Die Tarifstruktur, also die Strompreise, lassen sich aus juristischen Gründen zwar nicht gesetzlich festschreiben, trotzdem (oder gerade deswegen) bemühten wir uns, das Volksbegehren nicht nur als umweltpolitischen, sondern auch als sozialpolitischen Akt in der Stadt sichtbar zu machen und die Medienaufmerksamkeit des Energietischen zu nutzen, um Energiearmut und Stromabklemmungen durch Kundgebungen und kleine Aktionen öffentlich zu skandalisieren. Da wir (gemeinsam mit mindestens der Linken Neukölln und den Naturfreunden) zunächst eher alleine mit dieser Betonung der sozialen Säule im Bündnis waren, wurde das Thema schnell zu einem unserer Arbeitsschwerpunkte. Dabei half uns, dass sich der Energietisch nach einigen Diskussionen darauf einigte, jenseits des Gesetzesentwurfes einen Sozialtarif und das Verbot von Abklemmungen als politische Forderungen zu formulieren.

Weiterhin unternahmen wir den Versuch, den Energietisch mit anderen stadtpolitischen Initiativen zu vernetzen und dadurch sichtbar werden zu lassen, dass dieser Kampf um die Rekommunalisierung der Energieversorgung in einem breiteren Kontext von Fragen um Eigentumsverhältnisse und Entscheidungsbefugnisse der sogenannten Grundgüter im kommunalen Raum steht. Dies versuchten wir erst durch eine Vernetzung der verschiedenen Berliner Tische (S-Bahn, Wasser und Energie) und dann gegen Ende verstärkt durch Mitarbeit im sich formierenden Bündnis "Wir bleiben alle – für ein Recht auf Stadt" und die Zusammenarbeit mit Kotti und Co.

Erfolge

Die Verbindung von ökologischen und sozialen Kämpfen

Beginnen wir mit einem Aspekt, der nicht so leicht messbar ist wie die Ja-Stimmen bei der Volksabstimmung: Wie erfolgreich waren wir dabei, die Frage danach, wer Zugang zu Energie hat und wer diesen kontrolliert, in Berlin zu politisieren?

Genauer geht es dabei um die Frage, ob das typische Mittelschichtsthema Umwelt, das zumeist nur als technische Umrüstung der Produktion verhandelt wird, mit (anderen) sozialen Kämpfen um die Verteilung und Kontrolle über die Produktion verbunden werden kann.

Wenngleich die Ausgangsbedingungen dafür auf Grund der ökologischen

Schwerpunktsetzungen vieler Gruppen im Bündnis zunächst nicht optimal schienen, wurden die drei Säulen des Energietischs - ökologisch, demokratisch, sozial – gleichberechtigt in die Öffentlichkeit getragen. Das hing auch damit zusammen, dass Umweltfragen und die damit

einhergehende Umstrukturierung des Strommarkts bei der derzeitigen Tendenz zu

Prekarisierung und steigenden Strompreisen immer weniger mobilisierungsfähig sind, wenn die Verteilungsfrage nicht thematisiert wird. Dies griff beispielsweise der Hamburger

Senat in der Gegenkampagne gegen den parallel laufenden Volksentscheid zur

Rekommunalisierung der Hamburger Stromversorgung auf, der keine sozialen Ziele vertrat,

und so als unsozial angreifbar war (zum Beispiel durch Plakate der SPD mit der Aufschrift „2 Milliarden für den Netzkauf - Nicht mit meinem Geld. xxx, Schneiderin.“). Den Kampf gegen

Energiearmut auch gegen teilweisen Widerstand als Ziel im Bündnis zu verankern wurde

deshalb also umso wichtiger, um breitere Bevölkerungsschichten für den Volksentscheid zu

mobilisieren. Dies war insofern erfolgreich, als die Zustimmung zum Volksentscheid bei ärmeren Menschen besonders hoch war, und soziale Ziele der meistgenannte Grund für diese

waren. Dies ist auch interessant vor dem Hintergrund, dass uns durch gesetzliche Grenzen

(EU-Recht, Volksgesetzgebung) sowieso deutlich stärkere Schranken gesetzt wurden,

tatsächliche Verbesserungen in der Verteilungsfrage im Gesetzentwurf zu verankern, so dass

nicht sicher ist, ob ein gewonnener Volksentscheid tatsächlich soziale Fortschritte erreicht

hätte. Sicher ist, dass zumindest die Ausgangsbedingungen für Verteilungskämpfe erheblich

verbessert worden wären, indem wir z.B. versuchen könnten, Abklemmungen durch das Stadtwerk zu verhindern.

Drittes Anliegen war die soziale Säule mit Inhalten zu füllen. Praktisch führte das dazu, dass

zentrale Aufgabe von Stadtwerk und Netzgesellschaft auch die Bekämpfung von

Energiearmut (als mangelndem Zugang zu bezahlbarer Energie) sein sollte. Damit verbanden

wir die Ziele, die ökologischen Anliegen des Volksbegehrens öffentlich mit Fragen der

sozialen Verteilung zu verbinden, konkrete materielle Verbesserungen für die Betroffenen zu

erreichen, auch ärmere Schichten für die Kampagne zu mobilisieren und einem Angriff der

Gegenseite über die soziale Flanke vorzubeugen. Eine gemeinsame Position im Energietisch

zu finden war dabei anfangs nicht einfach. Umstritten waren beispielsweise Themen wie

Sozialtarife oder ein kostenloses Strom-Grundkontingent. Kritikpunkte daran waren

unterschiedlich gelagert: Die einen argumentierten, die Zuständigkeit für Armut liege nicht

bei der Stromversorgung, sondern müsse über Löhne und Sozialleistungen angegangen

werden. Die Strompreise müssten hingegen die "ökologische Wahrheit" sagen, der Strompreis

also einen Anreiz zum Energiesparen geben. Teils wurde Energiearmut auch als vermeidbare

Folge individuellen Verhaltens dargestellt. Andere meinten wiederum die sozialen

Forderungen seien strategisch nicht durchsetzbar. Die Gespräche beim Unterschriftensammeln

auf der Straße und spätere Wähler-Befragungen zeigten aber im Gegenteil, wie akut für die Berliner*innen die Frage nach Verteilung und Zugang zu Strom ist.

Aus juristischen Gründen konnten wir leider kaum soziale Vorgaben in das Gesetz

aufnehmen. Aber wir konnten erreichen, dass sich der Energietisch auf gemeinsame soziale Forderungen verständigte. Gegen Ende der Kampagne erfuhren wir hierfür viel politischen Rückenwind und ein großes Medienecho auf unsere Aktionen gegen Energiearmut. Trotzdem machte sich die mangelnde Verankerung des Themas im Bündnis noch bemerkbar: da sich bei einigen Punkten, insbesondere beim Konflikt um das kostenlose Grundkontingent, keine Einigung im Bündnis finden ließ und die mit der weiteren Beschäftigung damit beauftragte Sozial AG schlecht besucht war, war das Bündnis in dieser Frage inhaltlich vergleichsweise schwach aufgestellt. Die im Bündnis mehrheitsfähige Position zur Bekämpfung von Energiearmut war wenig aussagekräftig und dies erzeugte eine Situation, in der kurz vor der Volksabstimmung nochmal ein negatives Medienecho über den angeblichen Strompreisanstieg durch Gründung des Stadtwerks entstand. Auch wenn wir also unser Ziel, die Verteilungsfrage in Debatten um Ökologie einzubringen, erfolgreich erreicht haben, ist dieser Erfolg in Hinblick auf den Volksentscheid relativ.

Realpolitische Erfolge

Im Resultat sind die Themen Zugang zu Energie, sowie die Frage, wer über Verteilung und Produktion entscheidet, jetzt anders auf der Tagesordnung als vor der Kampagne. Sie hat dazu beigetragen, die Fragen der Daseinsvorsorge allgemein und der Energieversorgung konkret zu politisieren. Sowohl in ihrem Inhalt, als auch in ihrer Form zielte sie darauf, dass es nicht mehr als selbstverständlich erscheint, dass die Gestaltung der Energieversorgung von den Eliten ausgehandelt wird, sondern dass die Menschen sich ihre Grundgüter und gesellschaftlichen Infrastrukturen selbst aneignen können.

Neben dieser erfolgreichen Diskursverschiebung konnte trotz des gescheiterten Volksentscheid auch ein konkreter Erfolg verzeichnet werden: Der Senat gründete ein eigenes Stadtwerk und eine Netzgesellschaft. Ohne demokratische und soziale Elemente, mit einer Geschäftspolitik, die die Stromversorgung auf nur 1000 Haushalte begrenzt und einer sehr schlechten finanziellen Ausstattung war das zunächst nur ein Manöver um den Volksentscheid auszubremsen. Die Bedingungen für Interventionen in die Energiepolitik wurden dadurch aber insofern verbessert, als dass der Senat zum Adressaten für Forderungen wurde. Unter dem Druck der Öffentlichkeit wurde das Stadtwerk inzwischen mit mehr Geld ausgestattet. Es bleibt offen, ob auf diese Weise erstens noch progressive Elemente in die Konzeption des Stadtwerk eingehen können und zweitens die Netze in dem immer noch laufenden Konzessionsvergabeverfahren rekommunalisiert werden.

Bonsai-Stadtwerk oder Transformation der Staatsapparate?

Es ist klar, dass ein erfolgreicher Volksentscheid, der den Senat zur Umsetzung unseres Gesetzes gezwungen hätte, viele handfeste Verbesserungen für viele Menschen gebracht und die Ausgangsbedingungen für emanzipatorische Kämpfe nachhaltig gestärkt hätte. Insbesondere die erweiterten Mitbestimmungsmöglichkeiten, die zentraler Faktor für den emanzipatorischen Gehalt dieses Volksbegehrens waren, sind durch das Scheitern am Quorum erstmalig auf unbestimmte Zeit völlig unerreichbar geworden. Gerade weil es sich dabei nicht nur um graduell verbesserte Ausgangsbedingungen für zukünftige Kämpfe im Bereich der Energieversorgung gehandelt hätte, sondern im besten Falle um einen qualitativen "Sprung" – kann man die verlorene Abstimmung hier auch als Verhinderung der emanzipatorischen Kämpfe, die nach gewonnener Abstimmung erst begonnen hätten, deuten. Offen geblieben wäre allerdings auch bei gewonnenem Volksentscheid einiges: Die finanzielle Ausstattung der zu gründenden Betreiber oblag immer dem Senat und ob das

Stadtwerk tatsächlich eine konkrete Verbesserung für einkommensschwache Menschen im Bereich der Daseinsfürsorge dargestellt hätte, ließ sich, wie oben erwähnt, nicht durch den Gesetzesentwurf vorentscheiden. Über Sozialtarife oder ein kostenloses Grundkontingent wäre erst vom Verwaltungsrat entschieden worden und dessen politische Ausrichtung wiederum davon geprägt gewesen, ob, wie und von wem die direkt-demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten, die wir in den Gesetzesentwurf geschrieben haben, genutzt worden wären. Was den Rückkauf der Netze angeht, so wäre dieser durch den gewonnenen Volksentscheid ebenfalls nicht garantiert gewesen: Der politische Druck wäre zwar für den Senat schwer zu ignorieren gewesen, aber die Berufung aufs EU-Recht und die notwendige Gewährleistung des Konkurrenzbetriebes hätte der Stadt nach wie vor die Vergabe an andere Investoren ermöglicht. Dass Volksbegehren war ja, dessen waren wir uns immer bewusst, kein Mittel zu Einführung des Energie-Kommunismus, sondern eines zur Verbesserung der Ausgangsbedingungen für zukünftige Kämpfe um die Vergesellschaftung der Energieversorgung. Dass auch über den Volksentscheid hinaus politischer Druck von der Straße absolut notwendig zur Umsetzung unserer Ziele ist, war immer klar.

So oder so wäre die Realisierung des Gesetzesentwurfes nur notwendige, in keinem Falle hinreichende Bedingung für Fortschritte in Richtung Vergesellschaftung gewesen. In einer repräsentativen Demokratie, wo Mitbestimmung sich zumeist aufs Kreuzchen machen und am Frühstückstisch über der Tageszeitung über "die da oben" meckern beschränkt und auf Grund mangelnder Informations- und Zeitressourcen teilweise auch beschränken muss, bleiben auch erweiterte Partizipationsmöglichkeiten häufig leblos. Umgekehrt kann auch die nicht institutionell verankerte Stimme schnell große Verschiebungen erwirken (s. z.B. Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke).

Für die Beurteilung unseres Erfolges war und bleibt also nach wie vor eine Frage zentral und wäre dies auch bei gewonnener Abstimmung gewesen: Ist es gelungen, Kämpfe im energiepolitischen Spektrum zu initiieren, die auch über den Volksentscheid hinaus handlungs- und schlagkräftig sind?

Die Frage nach der "Bewegung"

Wer führt eigentlich Kämpfe und ist dabei in Bewegung?

Denn die Frage nach der Stärkung der langfristigen Bewegungsansätze um Energiepolitik in Berlin hängt wesentlich davon ab, wer oder was diese Bewegung sein soll.

In Bewegung gesetzt wurde durch das Volksbegehren ganz schön viel: Umweltpolitisches, gemeingüterorientiertes und teilweise sozialpolitisches NGO-Spektrum der Stadt sitzen gemeinsam mit ein paar Linksradikalen in einem auch über den Volksentscheid hinaus zumindest existierendem und bekanntem Bündnis. Dadurch konnten wir wichtige Kontakte in dieses Spektrum aufbauen und vertiefen und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit etablieren, die auch für unsere zukünftige Praxis wichtig werden kann. Inhaltlich hat sich im Standpunkt der Bündnispartner*innen während der Zeit wahrscheinlich auch einiges, in den meisten Fällen in unsere Richtung, verschoben. Quantitativ nach oben bewegt hat sich außerdem die Anzahl der Klima- AG Mitglieder innerhalb von FeLS.

Und wir konnten uns über eine weitere unerwartete Unterstützung freuen: Unsere Bearbeitung des Energietisches als Kampf um die Vergesellschaftung der Energieversorgung und der Versuch, verschiedene stadtpolitische Kämpfe als Kämpfe um Grundgüter zu verknüpfen, führte zur Unterstützung der Kampagne durch das linke Szene-Spektrum Berlin. So war der Energietisch tatsächlich ein Beispiel für eine produktive Koalition aus einem bürgerlichen Mitte-links-Spektrum bis zu einem außerparlamentarisch agierenden linksradikalen Spektrum

– unterschiedliche langfristige Zielvorstellungen fanden in der Mobilisierung zum Volksentscheid zusammen.

Ziemlich viel bewegt haben sich außerdem tausende Sammler*innen in beiden Phasen der Unterschriftensammlung und viele Hände beim Unterschreiben. Es ist also zumindest für eine begrenzte Zeit eine regelrechte Sammelbewegung entstanden, die von niemandem kontrolliert wurde und die für eine Weile das Bild der Stadt mitprägte, in der sich die Beteiligten selbst ermächtigt haben und in der vermutlich viele spannende Gespräche stattgefunden haben (da schließt sich aber auch direkt der Dämpfer an: denn wo sind diese Sammler*innen jetzt?). Die Kampagne war stark auf den Volksentscheid als ihr Ziel ausgerichtet. Alle Arbeits- und Ausdrucksformen (Unterschriftensammeln, Plakate, Flyer und Flyern Gehen etc.) wirkten im Sinne des Volksbegehrens mobilisierend, und nur vielleicht darüber hinaus. Dass das Volksbegehren stadtweite Konsequenzen nach sich gezogen hat, ermöglichte in NGO-Manier viel Medienaufmerksamkeit zu generieren ohne Arbeit in die Graswurzelstrukturen stecken zu müssen. Dies führte im Verlauf der Kampagne zu einer relativ starken Position der Hauptamtlichen im Kampagnenbüro und dazu, dass der Kreis an Personen, der sich aktiv in die inhaltliche und politische Gestaltung der Kampagne einbrachte, zunehmend kleiner wurde.

Dies ist sicherlich einer der Gründe dafür, dass sich gerade eher eine Arbeitsweise des Bündnisses abzeichnet, die auf die Herausbildung einer Expertenposition im Bezug auf das Stadtwerk fokussiert, als auf die Politisierung und Mobilisierung von größeren Bevölkerungsteilen. Es gibt zwar einen ziemlich großen Emailverteiler mit fürs Sammeln schnell mobilisierbaren Menschen, aber niemand weiß so recht, wozu man sie mobilisieren sollte.

Wie erfolgreich die Kampagne im Ganzen war hängt davon ab, welche politischen Ausdrucksformen noch für die politischen Ideen gefunden werden können und wie stark man es schafft, Teile der großen Masse der an am Energietisch Interessierten aktiv einzubinden. Letzteres hängt wieder von ersterem ab: Denn in einen NGO-Lobby-Verein, dessen politische Ausdrucksformen sich auf das regelmäßige Versenden von Pressemitteilungen beschränken, werden sich nicht viele Interessierte einbinden lassen.

Dass es politische Arbeit über den Volksentscheid hinaus braucht, war im Bündnis von der ersten Minute an Konsens. Was zu wenig mitreflektiert wurde, war aber die Tatsache, dass der politische Druck nicht alleine über die Existenz des Bündnisses aufrecht erhalten werden kann und dass sich bereits in der Zeit vor der Abstimmung politische Strukturen hätten generieren müssen, für deren Zusammenarbeit der offizielle und rechtliche Teil der Kampagne nicht allein konstitutiv wirkte.

Gefühltes Scheitern als wirkliches Scheitern?

Zunächst wollen wir festhalten: Weder die Bevölkerung noch wir sind Schuld, dass wir den Volksentscheid knapp verloren haben. Dafür, dass Volksentscheide kaum in der Alltagspraxis der Menschen verankert sind, ist 600.000 eine sehr hohe Zahl. Wir und das Bündnis haben alles gegeben, um dem Volksentscheid zum Erfolg zu verhelfen. Und hätten doch vielleicht noch mehr machen müssen, z.B. stärker in den Randbezirken mobilisieren, wo die Abstimmungsbeteiligung niedriger war. Vor allem aber sind wir an Überlegenheit des politischen Gegners gescheitert, der, ohne sich die Finger krumm zu machen, uns den Bundestagstermin wegnehmen und ein sogenanntes Abfanggesetz beschließen konnte. Und dieser Gegner heißt vor allem SPD. Die Partei hat öffentlich suggeriert uns zu unterstützen, uns aber de facto bekämpft, wo sie konnte.

Eine sich anschließende Frage ist die nach der Wirksamkeit des gefühlten Scheiterns: Hatte

die verlorene Abstimmung nicht aller energiepolitischer Arbeit über den Volksentscheid hinaus einen spürbaren Dämpfer versetzt und hätte andersherum der gewonnene Volksentscheid aufkeimenden Graswurzelsätzen viel Rückenwind gegeben und die Begründung von neuen motiviert? Ein Ziel der Bündnisarbeit war immer die Ausstrahlung, den ein gewonnener Volksentscheid auch über Berliner Ebene hinaus gehabt hätte – die Hoffnung, dass die Kampagne Vorbildcharakter für andere Städte weltweit sein kann und in dieser Form Initiationspunkt für eine, im besten Sinne weltweite, Bewegung für die Vergesellschaftung der Energieversorgung.

Ist also ein solches Erfolgserlebnis nicht integraler Bestandteil von Bewegungsaufbau und lässt sich die Frage nach ‚Gewinnen oder Verlieren‘ in Hinsicht auf die Initiierung von den Volksentscheid überdauernden energiepolitischen Kämpfen überhaupt unabhängig von der Frage nach ‚Gewinnen oder Verlieren‘ des Volksbegehrens stellen?

Eine mögliche Teilantwort bestünde wohl in der Feststellung dass eine *unabhängig* vom Energietisch agierende Bewegung (Vattenfall-in-die-Tonne) zumindest relativ unabhängig vom Ausgang der Abstimmung gewesen wäre.

Die Einsicht, wie wichtig Etappensiege auch für die Kämpfe sind, die auf ein Ziel jenseits der bestehenden Ordnung drängen, war ein zentraler Faktor für unsere Beteiligung beim Energietisch (sowie generell für das Konzept der Richtungsforderungen in der Interventionistischen Linken). Die konkrete Erfahrung der Auswirkungen des Scheiterns an 20.000 bestätigt diese Einsicht ex negativo. Insofern ist an der Idee, sich gewinnbare und messbare Ziele zu setzen, unbedingt festzuhalten und diese auch nicht gegen die langfristige und Status-Quo transzendierende Wirkung von Bewegungsaufbau auszuspielen. Beides geht nicht ohneeinander. Und auch, wenn das Scheitern einem dann teilweise schwarz auf weiß vor die Nase gehalten wird und das ggf. unangenehm ist: Gut im Verlieren sind Linke durch langwährende Übung ja sowieso.

Das Mittel Volksentscheid ...

Wie ist das Mittel Volksentscheid nun generell zu bewerten? Welche Chancen und Probleme ergeben sich aus der Logik eines Volksentscheids und was ist eher spezifischen Umständen beim Energie-Volksentscheid zu verdanken?

... und die Logik der Institutionen

Die vermeintliche Eindeutigkeit eines Volksentscheids beim Gewinnen/Verlieren eines Kampfes ist zweischneidig wie bereits oben diskutiert wurde. Sie erzeugt möglicherweise eine Demobilisierung, abhängig von den Umständen vielleicht auch Empörung. Doch die Erwartung, mit dem Volksentscheid tatsächlich die Möglichkeit zu haben, jetzt etwas Konkretes zu erreichen, war überhaupt die Voraussetzung dafür, dass sich auch viele, für die Politik nicht identitätsstiftend ist, begeistert, beteiligt, oder überhaupt damit beschäftigt haben. Nicht zuletzt, hätte ein gewonnener Volksentscheid konkrete Verbesserungen für viele Menschen bedeuten können. Das ist schon ein Wert an sich, auch wenn (leider) nicht gleich alle zu Revolutionär*innen werden.

Welche Möglichkeiten bietet aber ein Volksentscheid, um tatsächlich radikale Realpolitik und Verschiebungen in den Institutionen zu verwirklichen?

Da Volksentscheide die Bundes- und EU- Gesetzgebung nicht angreifen können, bzw. sich ohnehin immer auf den zuvor bestehenden gesetzlichen Rahmen beziehen müssen, sind die Grenzen ihrer Inhalte eng gesteckt. Eigentumsverhältnisse können damit derzeit nicht ernsthaft in Frage gestellt werden und gereichen damit z.T. dem Anspruch der Teilnehmenden

(Energie in unsere Hand) nicht. An diesem Punkt könnte die Begrenztheit der Eigentumsordnung thematisiert werden. Dies haben wir nicht gemacht, da es die Leute wahrscheinlich demobilisiert hätte, denn es wäre sehr viel komplizierter geworden, zu erklären, warum sich ein gewonnener Volksentscheid trotzdem lohnt.

Ein Beispiel für einen guten Umgang mit den Grenzen eines Volksentscheids war die Thematisierung von rassistischen Wahlausschlüssen. Die Verabredung, die wir im Gesamtbündnis gesetzt haben, auch bewusst Leute zum Unterschreiben zu bewegen, deren Unterschrift nicht zählt, hat das Eintrainieren von rassistischer Vorsortierung noch vor dem Ansprechen der Leute eingegrenzt. Zusammen mit der offensiven Thematisierung des Ausschlusses, wurde so dessen Ausmaß verdeutlicht, unsere Unterstützung durch Nicht-Wahlberechtigte sichtbar, und Menschen ohne deutschen Pass mobilisiert. Wichtig war aber auch, dass die Teilnahme an den im Gesetzesentwurf vorgesehenen Abstimmungen unabhängig von der Staatsangehörigkeit gewesen wäre und so über den gegebenen Ausschluss hinauswies.

Da der Gesetzesentwurf des Energietischs am Quorum scheiterte, muss der hypothetische Umgang mit dem Gesetz im Falle eines Erfolgs Gegenstand von Vermutungen bleiben. Doch der Hergang des Volksbegehrens selbst verdeutlicht bereits, dass unsere Durchsetzungsfähigkeit auch hier von der Konstellation innerhalb der Staatsapparate abhängig geblieben wäre. So waren die Verschiebung des Abstimmungstermins weg von der Bundestagswahl, sowie die Verabschiedung eines oberflächlich ähnlichen Gesetzes wenige Tage vor der Abstimmung (das sogenannte Abfanggesetz) wesentliche Gründe für das Verlieren des Volksentscheids. Beides waren bereits zuvor bekannte und erwartete Strategien des Senats. Obwohl wir um diese wussten und das Bündnis sich für deren mediale Begleitung vorbereitet hatte, waren wir dagegen weitgehend ohnmächtig. Es ist wichtig, diese reale Abhängigkeit von den Staatsapparaten, die im Kontrast zur Euphorie der realen Einflussmöglichkeiten steht, mit zu thematisieren und sich so früh wie möglich Gegenstrategien zu entwickeln.

Andererseits gelang es umgekehrt auch, Reibungen innerhalb der Staatsapparate herzustellen. So wandte sich der Senat mit der Positionierung gegen den Energietisch-Gesetzesentwurf auch gegen den Parteitagsbeschluss der SPD. Ebenso wie das Verschieben des Wahltermins zeigten sich hier die Defizite des Repräsentationsmechanismus, was potentiell zu deren Delegitimation beiträgt. Volksentscheide können also im wahrsten Sinne des Wortes ein Lehrstück des Parlamentarismus sein und medial breit rezipiert das Auseinanderfallen von Parteiführung, Parteibasis und Mehrheitsverhältnissen in der Bevölkerung zeigen.

... und die damit verbundenen Politikformen

Die Etappenziele einer bestimmten Anzahl an Unterschriften unterstützen vor allem die mediale Rezeption einer Kampagne, da sich die Berichterstattung mehrmals zuspitzen kann. Aber auch der Entscheidungsgegenstand und das breite Bündnis ermöglichten beim Energie-Volksentscheid eine aus linksradikaler Perspektive ungewöhnlich breite Vermittlung unserer Inhalte. Diese bedurfte jedoch auch viel eigener Ressourcen, beispielsweise durch von Fels & Friends produziertes Kampagnenmaterial, da das Bündnis hier hauptsächlich auf Wiedererkennungseffekte setzte (der/die Bär_in) und sich bei der Vermittlung der Inhalte stattdessen auf die Medien und die Website verließ.

Der Prozess des Unterschriften-Sammelns ist ein gutes Mittel, um Inhalte und Debatten zu multiplizieren und Menschen zu mobilisieren. Dabei wird deutlich, dass insbesondere wir aus der undogmatischen radikalen Linken es wieder lernen müssen, mit den vielen verschiedenen Menschen auf der Straße zu reden, die nicht zu unserer Subkultur gehören. Dafür kann das Unterschriften-Sammeln ein gutes Instrument sein, weil mensch einen konkreten Aufhänger

hat und den Leuten eine echte Beteiligungsmöglichkeit anbieten kann und so mit ihnen ins Gespräch kommen kann. Dieser Ansatz wirkt aber nicht langfristig politisierend und organisierend. Es besteht die Gefahr eines passiven Dienstleistungsverhältnisses zur Kampagnenstruktur und es bedarf zusätzlicher Anstrengungen, um die Leute einzubinden. Eine solche Anlaufstelle waren konkret eine Bündnis-AG (AG Mobilisierung) und die Aktionswerkstätten, auf denen Aktionen geplant wurden. Außerdem zielten die verschiedenen Mitmach- und Protestkundgebungen sowie die Beteiligung an stadtpolitischen Demos darauf, die Bewegungsorientierung der Kampagne zu stärken. Gemessen an den bescheidenen Bemühungen darum, haben diese sehr gut gezogen. Die dadurch hinzugewonnen Menschen konnten aber größtenteils nicht langfristig in das Energietisch-Bündnis eingebunden werden, das in seiner bisherigen Struktur nicht fähig ist, Einzelpersonen ein befriedigendes Forum zu bieten. Eine daraus geborene Idee, die wir leider nicht umgesetzt haben, waren Sammler_Innenstammtische.

Ist unser Versuch im Rahmen eines Volksentscheids Politikformen zu etablieren, die jenseits des Bündnisses Dynamik entwickeln und über den Volksentscheid hinaus funktionieren, von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen? Das Volksbegehren in Kreuzberg Media-Spree-Versenken, bei dem sich eine kreative, eigenständige Bewegung bildete, hat zumindest gezeigt, dass dies nicht automatisch mit staatlichen Abstimmungen verbunden ist. Die Entwicklung beim Energie-Volksentscheid ist also nicht ohne weiteres verallgemeinerbar. Die Gewinnbarkeit eines Volksentscheid auf landesweiter Ebene, setzt aber, durch das Erfordernis große Bevölkerungsanteile - auch jenseits von linken Hochburgen - zu erreichen und zu überzeugen, in der momentanen Form öffentlicher Meinungsbildung, medienkompatible Kampagnenarbeit voraus, also die Homezone von professionalisierten NGOs. Deren Arbeitsweise war also bis zu einem gewissen Grad notwendiger Bestandteil des Bündnisses. Ein größeres Engagement von bewegungsorientierten Akteur_innen hätte aber wohl trotzdem einen weitaus größeren Spielraum ermöglicht. FelS wurde nämlich bei dem Versuch ein unabhängiges bewegungspolitisches Standbein aufzubauen, beispielsweise mit der Vattenfall-in-die-Tonne-Kampagne v.a. durch mangelnde Ressourcen ausgebremst. Gleichzeitig mussten schließlich Erfolge nach den Maßstäben des Bündnisses her (beispielsweise eine stattliche Anzahl an Unterschriften) um die eigenen Inhalte im Bündnis verteidigen zu können und eigenes Kampagnenmaterial hergestellt werden. Wenngleich unsere Schwerpunktsetzung hier innerhalb der Gruppe auch umstritten war, zeigte sich in diesem Ressourcen-Konflikt unsere randständige Stellung im Bündnis.

Für die Arbeit bei FelS bedeutete diese Überlastung mit Aufgaben, die alle gleichermaßen wichtig schienen und sich in die kleinen Zeitfenster der Etappen des Volksentscheids einpassen mussten, um wirkmächtig zu werden, eine Belastungsprobe. Der Ton wurde teilweise ein bisschen rauer und die Machtasymmetrien innerhalb der AG wurden verstärkt negativ wahrgenommen und thematisiert. Auch inhaltliche Diskussionen über unsere Schwerpunktsetzung fielen im Orga-Stress oft hintenrunter. Der äußere Rhythmus des Volksentscheid und der damit verbundene Aufmerksamkeitssof gaben der AG-Arbeit aber auch eine ungewohnt klare Richtung. Es gab keinen Mangel an Angriffspunkten, man wusste ziemlich genau, was man als nächstes zu tun hatte und spürte sehr schnell die Effekte.

Fazit: Vergesellschaftung

Eine Evaluation damit zu beschließen, an welchen Aspekten unserer Praxis wir keinen Zweifel haben, mag überheblich wirken, kann aber auch einfach motivierend sein: Denn auch, wenn wir den einen oder anderen Zweifel daran hegen, ob andere Politikformen geholfen hätten, den Energietisch über den Abstimmungstermin hinaus lebendig und schlagkräftig zu erhalten, so sind wir uns doch einig, dass eine unserer wirklich zentralen Prämissen sich während der Arbeit bestätigt hat: Die weitreichende Richtungsforderung nach der Vergesellschaftung (mindestens) von Grundgütern braucht konkrete Anknüpfungspunkte, ist

dann aber sehr anschlussfähig. Der Angriff auf die privatwirtschaftliche Handhabung der Energieversorgung setzt am Alltagsverstand an, verharrt aber nicht in diesem: Dafür steht der Begriff der Vergesellschaftung. Er selbst bleibt zwar zu abstrakt, aber unsere Erfahrung beim Sammeln und Mobilisieren zeigt, dass seine Teilaspekte (barrierefreier Zugang zum Grundgut und demokratische Kontrolle von Produktion und Verteilung) auch außerhalb eines Linken-Szene Spektrums breit große Zustimmung bekommen – insbesondere (und vielleicht nur), sobald sie in Verbindung mit einem realisierbaren Vorhaben präsentiert werden. Und wenn der Begriff der Vergesellschaftung es zusätzlich schafft, die "Linke Szene" für solche Projekte zu begeistern (und wahrscheinlich sind nie so viele Anarchist*innen wählen gewesen), dann trägt er seinen Teil zur Aufhebung der unproduktiven Reform / Revolution Unterscheidung bei. An diese Erfahrungen und Erfolge wollen wir weiter anknüpfen. Revolutionär bleiben unsere Absichten – wie viel näher wir diesen gekommen sind, wie stark unsere vergangenen Kämpfe die Ausgangsbedingungen für zukünftige Kämpfe verbessert haben oder nicht (als Kriterium unseres Erfolges) hängt nicht zuletzt davon ab, wie wir an die, in jedem Fall veränderten Ausgangsbedingungen, jetzt anknüpfen.